

Regierungsratsbeschluss

vom 31. Oktober 2017

Nr. 2017/1813

Petition "Für den Erhalt unserer Post Bättwil-Flüh" Stellungnahme des Regierungsrates

1. Petitionstext

Die schweizerische Post AG hat angekündigt in den nächsten 4 Jahren bis zu 600 Poststellen zu schliessen. Als gefährdet gilt dabei auch unsere Poststelle Bättwil-Flüh (<http://bit.ly/2pdA1FF>)! Es ist wichtig, diese Petition frühzeitig zu starten. Wenn die Post ihre Entscheidung getroffen hat, gibt es zwar immer noch Möglichkeiten sich zu wehren, aber bei über 95% der Fälle ist es dann schon zu spät. Deshalb müssen wir uns jetzt dagegen wehren – unsere Poststelle muss erhalten bleiben!

2. Begründung

Die Poststelle Bättwil-Flüh ist für viele Einwohner*innen und KMUs im hinteren Leimental wichtig! Sie ermöglicht es uns, alle Dienstleistungen der Post AG in angemessener Nähe zur Verfügung zu haben. Z.B. Einzahlungen und grössere Bargeldbezüge, eingeschriebene Sendungen oder Expresspaket-Aufgaben können hier getätigt werden, ohne gleich jedesmal nach Oberwil oder Therwil (oder noch weiter) fahren zu müssen. Dabei erfüllt die Poststelle Bättwil-Flüh zusätzlich auch eine Zentrumsfunktion und unterstützt damit das öffentliche Leben und den Zusammenhalt im hinteren Leimental. Die Post AG ist ein Dienstleistungsbetrieb, der uns Bürgern gehört und dessen Aufgabe es ist, uns einen angemessenen Service public zur Verfügung zu stellen! Es geht nicht an, dass auf dem Buckel der Einwohner*innen (und Besitzer) ohne Not gespart werden soll (Reingewinn der Post AG in den letzten 5 Jahren: ca. 3'000'000'000 CHF).

3. Stellungnahme des Regierungsrates

3.1 Formelles

Das Schreiben der Sozialdemokratischen Partei Hofstetten-Flüh vom 7. August 2017 ist an die Staatskanzlei des Kantons Solothurn gerichtet. Es wird ausdrücklich als Petition bezeichnet. Darin wird im Wesentlichen gefordert, dass sich der Regierungsrat und die Schweizerische Post AG gegen die Schliessung der Poststelle Bättwil-Flüh einsetzen. Das Schreiben wird gemäss Art. 26 der Verfassung des Kantons Solothurn vom 8. Juni 1986 (KV; BGS 111.1) entgegengenommen und behandelt. Die vorgegebene Beantwortungsfrist wird eingehalten.

3.2 Materielles

Die Post ist nach Artikel 34 der Postverordnung bei einem Schliessungs- oder Verlegungsentscheid zur Dialogführung mit den betroffenen Gemeinden verpflichtet. Diese sind die primären Ansprechpartner der Post. Kommt keine einvernehmliche Lösung zustande, so können die betroffenen Gemeinden, innerhalb von 30 Tagen nach Bekanntgabe des Entscheids, der Post die Postkommission (PostCom) anrufen, welche unter anderem die Einhaltung des gesetzlichen Auf-

trages zur Grundversorgung überwacht. Der Einbezug der Gemeinden in die Ausgestaltung des Postnetzes ist ein gesetzlich verankerter Prozess.

Der Kanton hat in diesem Verfahren nie eine Parteistellung. Die Kantone haben in der Vergangenheit mehrmals gefordert, dass sie vorgängig bei der Schliessung oder Verlegung von Zugangspunkten einbezogen werden, damit überkommunale Aspekte in der Netzentwicklung berücksichtigt werden können. Die Post hat deshalb die Kantone in die aktuelle Ausgestaltung des zukünftigen Netzes einbezogen. Damit will sie die regionale Perspektive der Kantone abholen und neu auch regionale Kriterien und Bedürfnisse berücksichtigen.

So hat eine Vertretung der Post im Dezember 2016 mündlich die Volkswirtschaftsdirektorin über die beabsichtigte Poststellenentwicklung im Kanton Solothurn informiert und uns die Möglichkeit zu einer Stellungnahme gegeben. In ihrer schriftlichen Rückmeldung an die Post hat die Volkswirtschaftsdirektorin vehement die Weiterführung sämtlicher zur Überprüfung stehender Poststellen im Kanton Solothurn gefordert. Dabei hat sie auf die speziellen landschaftlichen, regionalen sowie verkehrstypischen Aspekte des Kantons Solothurn hingewiesen. Zudem hat sie die wirtschaftlichen Entwicklungspotenziale und die aktualisierte Bevölkerungsprognose dargelegt. Anlässlich des Zweitgesprächs mit der Vertretung der Post, anfangs Mai 2017, hat sich die Volkswirtschaftsdirektorin nochmals für die zur Überprüfung stehenden Poststellen eingesetzt und eingehend über einzelne Standorte diskutiert. Seitens des Kantons wurde ausdrücklich der Erhalt der Poststelle Bättwil-Flüh gefordert und dabei auch die Abdeckung in den benachbarten basellandschaftlichen Gemeinden angeschaut. Seitens der Vertretung der Post wurde uns zugesichert unsere Argumente in der weiteren Überprüfung ernst zu nehmen, trotzdem aber ein Gespräch mit der Gemeinde zu führen. In der Zwischenzeit fand die Gesprächsaufnahme mit der Gemeinde Bättwil statt.

Zusätzlich zu diesen Gesprächen hat der Kantonsrat mit Beschluss vom 27. Juni 2017 (KRB A 0195/2016) den Auftrag der Fraktion SP: Massnahmen gegen die flächendeckende Poststellenschliessung erheblich erklärt. Im Weiteren hat die Fraktion CVP/EVP/glp/BDP einen Auftrag zur Ausarbeitung einer Standesinitiative zur Postversorgung eingereicht. Wir werden somit der Entwicklung des Poststellennetzes im Kanton Solothurn weiterhin eine erhöhte Aufmerksamkeit schenken.

Zusammengefasst halten wir fest, dass seitens des Kantons der Erhalt sämtlicher zur Überprüfung stehender Poststellen, im Speziellen auch jene von Bättwil, gefordert und mit guten Argumenten untermauert wurde. Wir werden der Entwicklung der Postversorgung im Kanton Solothurn weiterhin eine erhöhte Aufmerksamkeit schenken. Im direkten Gespräch mit der Post kann die Gemeinde ihre Haltung und ihren Willen darlegen. Wir sind bereit mit einem Vertreter des Kantons ihr in diesem Dialog beizustehen. Der Entscheid über die Schliessung oder Verlegung von Poststellen fällt aber die Post. Sie hat dabei die gesetzlich verankerte Grundversorgung zu gewährleisten. Die Gemeinden haben ein Anhörungsrecht. Sie sind die direkten Gesprächspartner der Post und verfügen über ein Beschwerdemittel an die PostCom.

4. Beschluss

- 4.1 Von der Petition der Sozialdemokratischen Partei Hofstetten-Flüh vom 7. August 2017 wird Kenntnis genommen.

4.2 Sie wird im Sinne der Ausführungen abgeschrieben.

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'A. Eng', written in a cursive style.

Andreas Eng
Staatschreiber

Verteiler

Volkswirtschaftsdepartement (2; GK 4381)

Amt für Wirtschaft und Arbeit

Staatskanzlei

Parlamentdienste

Sozialdemokratische Partei Hofstetten-Flüh, PA. Stefan Oser, Mühleweg 12, 4112 Flüh

Post Schweiz AG, Postnetz, Netzdesign, Wankdorfstrasse 4, 3030 Bern